



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Studie zur Entwicklungszusammenarbeit mit islamischen Institutionen in Südasien – unter besonderer Berücksichtigung Pakistans im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung (www.boell.de)

zur Veröffentlichung überarbeitet von PD Dr. Dietrich Reetz

Berlin, den 1. Juni 2005

Zentrum Moderner Orient
Kirchweg 33
D- 14129 Berlin
Tel.: (030) 80307-116
Fax.: (030) 80307-210
Email: dreetz@rz.hu-berlin.de

Inhalt:

1. Bedeutung und Zusammensetzung der islamischen Kräfte in Südasien und besonders in Pakistan – 2
2. Islamische Bewegungen als Arbeitsfeld für politische Stiftungen – 6
3. Potentielle Partner – 6
4. Ziele einer möglichen Zusammenarbeit – 8
5. Geeignete Arbeitsmethoden – 9
6. Auswahl von Kooperationspartnern – 9
7. Besonderheiten und Risiken – 9
8. Zusammenfassung – 10

Tabelle 1 Anteil der Muslime an der Bevölkerung – 2

Tabelle 2 Islamische Parteien und Vereinigungen in südasiatischen Staaten – 3

Anlage: Structure of Islamic Sector in Pakistan – 11

References – 13

1. Bedeutung und Zusammensetzung der islamischen Kräfte in Südasien und besonders in Pakistan

Die islamischen Kräfte spielen in ganz Südasien eine wichtige Rolle für die gesellschaftliche Entwicklung. In drei Ländern – Pakistan, Bangladesch, Afghanistan – stellen Muslime die absolute Mehrheit der Bevölkerung. In den anderen Ländern sind sie als, z.T. einflussreiche Minderheiten vertreten (Tabelle). Damit sind sie auch im internationalen Rahmen, in der islamischen Welt als ganzes, von herausragender Bedeutung. Südasien ist das Gebiet, in dem die meisten Muslime leben, etwa dreimal so viele (ca. 450 Mill.) wie in der gesamten arabischsprachigen Welt (ca. 150 Mill.). Obwohl der Islam in Bezug auf ganz Südasien immer eine Minderheitenreligion war, stellte er historisch einen bedeutenden Einflussfaktor dar. Vor dem Beginn der britischen Kolonialherrschaft Ende des achtzehnten Jahrhunderts wurde das ungeteilte Indien fast 600 Jahre von islamischen Dynastien, dem Sultanat von Delhi und den sogenannten Moghul-Herrschern regiert. Dadurch hinterließen islamische Einflüsse ihre Spuren in allen Bereichen des öffentlichen Lebens der Region, von Kultur, Musik, Religion bis zu Architektur, Kleidung und Speisen. Zugleich leben Muslime unter sehr unterschiedlichen und uneinheitlichen Bedingungen. Sie sprechen verschiedene Sprachen, repräsentieren sehr unterschiedliche soziale Schichten und leben z.T., vor allem in Indien, weit über verschiedene Regionen verteilt.

Tabelle 1 Anteil der Muslime an der Bevölkerung

	Bevölkerung (Mio. 2004)	Muslime (%)
Afghanistan	28,5	99
Pakistan	159,2	97
Bangladesch	141,3	83
Indien	1.065	12
Sri Lanka	19,9	7
Nepal	27	3,8
Malediven	0,34	99

Politische und gesellschaftliche Kräfte, die sich an der islamischen Religion orientieren, üben einen bedeutenden Einfluss auf die politische Entwicklung in den drei muslimischen Staaten sowie regional in Indien aus. In Pakistan erhielt ein Wahlbündnis von 6 religiösen Parteien, die MMA, etwa ein Fünftel der Mandate in der Nationalversammlung und im Senat (Wahlen 2002). Die Partei stellt zudem eine von vier Provinzregierungen (Nordwestgrenzprovinz) und ist an einer weiteren – Balutschistan – beteiligt. In Bangladesch sind zwei islamische Parteien als Juniorpartner Mitglieder der Regierungskoalition und verfügen über 6 % der Mandate im Parlament. Die religiösen Parteien vertreten eine überwiegend konservative Agenda, die die Einführung islamischer Rechts- und Gesellschaftsverhältnisse anstrebt. In außenpolitischen Fragen vertreten sie einen stark antiwestlichen und anti-imperialistischen Kurs, der sich besonders auch gegen die USA richtet. Obwohl sich beispielsweise Pakistan und Afghanistan in der Verfassung als islamische Staaten verstehen, dominieren jedoch westlich tradierte, zumeist aus der Kolonialzeit übernommene Elemente das politische und Rechtssystem. In allen Staaten Südasiens, auch in Pakistan und Bangladesch, sind säkulare und linksorientierte demokratische Traditionen ebenfalls seit langem verankert. Trotz verschiedener Repressalien in Zeiten der regelmäßig wiederkehrenden Militärdiktaturen in Pakistan, und früher auch in Bangladesch, herrschten im wesentlichen Pressefreiheit und bürgerliche Rechtsverhältnisse. Im Folgenden konzentriere ich mich auf Pakistan, da das Verhältnis von Islam und Politik in Bezug auf die Entwicklungspolitik und Stiftungsarbeit in Indien, Bangladesch und Afghanistan einer Reihe von Besonderheiten unterliegen, die hier nicht näher erläutert werden können.

Tabelle 2 Islamische Parteien und Vereinigungen in südasiatischen Staaten

	Wichtige Parteien und politische Vereinigungen	Nationalver- sammlung/ Parlament	Oberhaus/ Senat	Provinz-/ Staatenregie- rung
Pakistan	<i>Muttahida Majlis-e Amal</i> (MMA - Vereinte Aktionsfront) ¹ – MMA Generalsekretär Fazlur Rahman ist Oppositionsführer	63 (v. 342)	21 (v. 100)	Nordwest- grenzprovinz; Balutschistan (in Koalition)
Bangla- desch	<i>Jama'at-e Islami</i> (JI – Islamische Partei) – Mitglied der Re- gierungskoalition	18 (v. 300)	-	
	<i>Islami Oikya Jote</i> (IOJ – Islamische Einheitsfront) – Mitglied der Regierungskoalition	2 (v. 300)	-	
Afghanistan	<i>Hizb-i Islami</i> (Islamische Partei, Fraktionen Hikmatyar und Khalis); <i>Hizb-e Wahdat-e Islami</i> (Islamische Einheitspartei, Fraktionen Khalili und Akbari); <i>Jamiat-e Islami</i> (JI - Islami- sche Vereinigung); <i>Junbish-i Milli-yi Islami</i> (Nationale Islami- sche Bewegung); <i>Tanzim-e Dawat-e Islami</i> (Organisation zur Verbreitung des Islam); <i>Taliban</i> (Religionsstudenten); <i>Harakat-i Islami</i> (Islamische Bewegung)	Parlamentswahlen ste- hen noch bevor		
Indien	<i>Muslim Majlis-e-Mushawarat</i> (MMM – Muslimische Konsul- tationsvereinigung); <i>Jama'at-i Islami</i> (JI – Islamische Partei); Indian Union Muslim League (IUML – regional v.a. Kerala, Tamilnadu), <i>Jamiyyat-e Ulama-e Hind</i> (JUH – Islamische Gelehrtenvereinigung Indiens); <i>Ahl-i Hadith</i> (AH – Volk der Tradition) – Beteiligung an Wahlen nur regional	Anteil der Muslimstim- men wird als wahlent- scheidend oder –bedeu- tend in 10-20 % der Wahlkreise angesehen, mit regionalen Konzent- rationen in Nordindien, um Bombay, auch Ta- milnadu.		Beteiligung der IUML an ver- schiedenen Staatenregie- rungen in Kerala, Tamil- nadu; der JI an Wahlen im indischen Kaschmir
Sri Lanka	Sri Lanka Muslim Congress (SLMC)	5 (v. 225)	-	
	Muslim National Unity Alliance (NUA) – Mitglied der regie- renden Koalition der United People's Freedom Alliance (UPFA)		-	
Malediven	Keine politischen Parteien			

Der Einfluss der islamischen religiösen Kräfte auf die Politik war lange Zeit relativ niedrig. Ihre Parteien erhielten selten mehr als 6-8 Prozent der von Muslimen gewählten Mandate. Seit der Zeit der Herrschaft des islamistisch gesinnten Militärdiktators General Zia-ul-Haq in Pakistan (1977-1988) wurde die islamische Infrastruktur erheblich ausgebaut. Religiöse Parteien und Schulen wurden massiv gefördert und eingeladen, sich verstärkt an der Politik und am öffentlichen Leben zu beteiligen. Darin wurde Zia-ul-Haq gezielt vom Westen, vor allem von den USA unterstützt. Der Westen hoffte, unter den Bedingungen des Kalten Krieges Verbündete für einen Stellvertreter-Krieg in Afghanistan gegen die Sowjetunion zu gewinnen (1978-89). Diese Entwicklung führte zu einer starken Verschiebung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des öffentlichen Diskurses. Im Zeichen der Re-Islamisierung gewannen islamische Institutionen und Argumente an Bedeutung. Diese Entwicklung strahlte auf die ganze Region aus und führte letztlich – über Umwege – auch zur Herrschaft der radikal-islamischen Taliban in Afghanistan (1996-2001). Im Gefolge des Afghanistan-Krieges sah sich Pakistan zugleich mit einer massiven Ausbreitung von Waffen, Drogen und extremistischer Gewalt konfrontiert, der sogenannten Kalaschnikow-Kultur, die z.T. bis heute das Gesellschaftsgefüge bedroht.

Die verschiedenen extremistischen und militanten islamischen Gruppen in Pakistan sind jedoch keineswegs repräsentativ für die islamischen Institutionen und Akteure im Lande. (Vgl. Anlage) Der Islam weist in Pakistan verschiedene Richtungen auf. Die Mehrheit sind Sunniten der hanafitischen Rechtschule (77 %). Der Anteil von Schiiten beträgt ca. 15-20 %. In diesem Umfang sind sie in etwa auch in den benachbarten Ländern Indien und Afghanistan vertreten. Im sunnitischen Islam hat die Strömung der Deobandis bedeutenden Einfluss, die sich von dem Ort Deoband in Nordindien herleitet, wo sich das Leitseminar dieser Denkschule befindet. In der pakistanischen Politik werden sie von der *Jamiyyat-e Ulama-e Islam* (JUI – Vereinigung der Religionsgelehrten des Islam) vertreten. Die Deobandis bemühen sich um einen puristischen Reform-Islam im Sinne der Bewahrung der Reinheit und Korrektheit der religiösen Praxis und des Glaubens. In verschiedenen religiösen und sozialen Fragen vertreten sie orthodoxe, auch radikale Auffassungen. Obwohl sich die afghanischen Taliban auf diese

¹ Mitgliedsparteien, siehe Anlage zum islamischen Sektor in Pakistan.

Denkschule beriefen, lassen sich umgekehrt die Deobandis nicht mit der Politik der Taliban gleichsetzen. Bei den Deobandis und ihren Religionsschulen handelt es sich überwiegend um eine religiöse Bildungsbewegung, die der Stärkung religiöser Lebensweise und Frömmigkeit dient. Ausgehend von ihrer aktiven Beteiligung am anti-kolonialen Kampf gegen die Briten vertreten sie traditionell in politischen Fragen dezidiert anti-westliche und heutzutage vor allem auch anti-amerikanische Ansichten. In der Tagespolitik haben sie verschiedentlich auch mit eher linksgerichteten Kräften kooperiert, so in Pakistan mit der Paschtunenpartei ANP (Awami National Party – Nationale Volkspartei) und in Indien mit der Kongress-Partei.

Über etwa gleichstarken Einfluss verfügt in Pakistan der vom volkstümlichen Sufismus abgeleitete Schrein-Islam, der Heilige und deren Schreine, bzw. Gräber verehrt, die an vielen Orten im Land zu finden sind. Er ist sehr emotional und eher lokal organisiert. Musik und mitunter auch Tanz können hier zum Ritual gehören, während diese wie auch der Gräberkult vom Reformislam strikt abgelehnt werden. Das religiöse Alltagsleben verläuft äußerst friedlich. In seinem organisierten Bereich wird der Schrein-Islam von den Barelwis vertreten, deren Strömung sich ebenfalls nach einem Ort in Nordindien, Bareilly, nennt. Ihre Partei ist die *Jamiyyat-e Ulama-e Pakistan* (JUP – Vereinigung der Religionsgelehrten Pakistans), die an der MMA beteiligt ist. Auch die Barelwis verfügen über ein breites Netz von Religionsschulen. Traditionell sind deren führende Vertreter sehr *status-quo*-orientiert und eng mit der Elite aus Landbesitzern, hohen Beamten und Militärs verbunden. Ressentiments gegenüber der westlich geprägten Staatsmacht, aber auch generell gegenüber dem Westen sind hier deutlich geringer ausgeprägt.

Auch wenn sich die beiden Strömungen der Deobandis und Barelwis in Pakistan und Indien häufig in einem Wettbewerb befinden und ihre Beziehungen mitunter von Spannungen gekennzeichnet sind, gehen ihre Auffassungen und Praktiken doch zum Teil in einander über. Eine klare Trennung wie manchmal in den Medien vorgenommen, zwischen „gefährlichem“ und „radikalem“ Reformislam sowie „friedlichem“ und „gemäßigtem“ Sufi-Islam ist daher nicht möglich. So wie nur eine geringe Zahl von Deobandi-Gruppen als extremistisch oder militant zu bezeichnen wäre, stehen umgekehrt die Barelwis, vor allem über ihre organisierten Ableger wie die JUP, nicht völlig abseits von militanten und extremistischen Aktivitäten.

Die Haupteinflussbasis der islamischen Kräfte sind die religiösen Schulen, Madrassas². In Pakistan soll es nach ungefähren Schätzungen etwa 10.000 dieser höheren islamischen Schulen mit bis zu einer Million Studenten geben. Absolventen der größeren von ihnen gelten als ausgebildete Theologen (*Maulana*, *Ulama*) und übernehmen Funktionen wie Gebetsführer (*Imam*, *Khatib*), oder Koranrezitator (*Hafis*). Die Größe und Bedeutung dieser Schulen ist sehr unterschiedlich. Sie reichen von kleinen temporären Dorfeinrichtungen mit wenigen persönlichen Schülern des örtlichen Geistlichen, die nur die Grundlagen des Koran unterrichten, bis zu großen Schulen mit Internaten für mehrere Tausend Studenten. Sie unterrichten überwiegend nach einem theologischen Lehrplan aus dem 17. Jahrhundert (*Dars-e Nizami*), der damals als große Neuerung eingeführt wurde, heute aber als konservativ und orthodox gilt, vor allem auch deshalb, weil die meisten Seminare keinen weltlichen Unterricht erteilen, der den religiösen Unterricht ergänzen könnte. Dadurch verfügen ihre Absolventen über wenige Möglichkeiten, Jobs in nichtreligiösen Bereichen zu erhalten. Ihre Schüler rekrutieren sich zum großen Teil aus den dörflichen und städtischen Unterschichten. Für diese stellen die Madrassas die einzige erschwingliche Bildungsmöglichkeit dar, zumal die meisten Schulen auch ein geringes Stipendium zahlen sowie Unterkunft, Essen und Kleidung stellen. Sie finanzieren sich hauptsächlich über das islamische Spendensystem, dem immer noch aus der gesamten Bevölkerung, in Einzelfällen auch aus dem Ausland, reichlich Mittel zufließen. Eine relativ kleine Zahl dieser Religionsschulen soll in den Achtzigern auf direkte Anweisung des pakistanischen Geheimdienstes ISI mit amerikanischem und saudischem Geld gebaut bzw. erweitert worden sein, um Freischärler (*Mujahidin*) für den Afghanistan-Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen und auszubilden. Heute, und besonders nachdem sich Pakistan unter General Musharraf offiziell der Koalition des Kampfes gegen den Terror angeschlossen hat, hat dies stark abgenommen. Nach pakistanischen Presseberichten und Recherchen spielt eine militärische Ausbildung von Freischärlern für den *jihad* („Heiliger Krieg“) noch in einzelnen entlegenen, schwer zu kontrollierenden Stammesregionen der Paschtunen und Balutschen im äußersten Norden und Westen eine Rolle. Dort hat der bewaffnete Stammeskampf im Namen des Islam eine lange historische Tradition und wird immer wieder auch bei rein lokalen Ereignissen wie Stammesrivalitäten ausgerufen. Einzelne extremistische Gruppen, die während des Afghanistankrieges in den achtziger Jahren entstanden, wie die *Jama'at-ud-Dawat* (siehe Anlage) können aber offenbar trotz regierungsseitig-

² Einzahl: „Madrassa“; Plural nach dem Arabischen eigentlich „Madaris“, im Deutschen hat sich aber eher „Madrassas“ eingebürgert.

ger Beschränkungen immer noch eigene Religionsschulen betreiben, in denen die Erziehung im Geiste des militärischen *Jihad* eine gewisse Rolle spielt. Ihre Zahl ist nicht genau bekannt, könnte jedoch zwischen 100 und 200 Schulen mit eher kleiner Studentenzahl betragen.

Kleinere Strömungen wie die Sekte der radikal-theologischen *Ahl-i Hadith* (AH – Volk der Propheten-tradition), die Schiiten oder die Reformsekte der Ahmadiyya verfügen über eigene Institutionen, die vergleichbar funktionieren. Die großen sunnitischen Strömungen der Deobandis, der Barelwis, aber auch die *Ahl-i Hadith*, machen immer wieder gegen religiöse Minderheiten wie die Schiiten und die Reformsekte der Ahmadiyya mobil. Letzteren ist seit der Amtszeit von Zia-ul-Haq sogar per Gesetz das öffentliche Bekenntnis zum Islam verboten. Ein nicht geringer Teil islamischer militanter Aktivitäten entfällt auf diese Sektenauseinandersetzungen.

Von den großen bürgerlichen Parteien bezieht sich vor allem die Pakistanische Muslim-Liga (PML) auf den Islam, die die Religion jedoch eher als kulturel-nationalistische Ressource benutzt, um Anhänger zu mobilisieren. Ansonsten betreibt sie eine konservative, säkulare, pro-westliche Politik. Religionsgelehrte sind in der PML kaum vertreten; wenn, dann gehören sie meist zu den Barelwis.

Die Schiiten-Organisationen bemühen sich verstärkt um eine Normalisierung ihres Zusammenlebens mit den anderen Gruppen. Seit der Islamisierungspolitik von Zia-ul-Haq, die hauptsächlich sunnitischen Grundsätzen folgte, fühlen sie sich tendenziell diskriminiert. Gewaltpotential liegt vor allem in den anhaltenden Spannungen zwischen sunnitischen und schiitischen Extremisten, die zwar eine sehr kleine Klientel haben, aber durch ihre Attentate große öffentliche Wirkung erzielen. Es ist auch General Musharraf seit seiner Amtsübernahme 1999 nicht gelungen, diese zurückzudrängen, obwohl die große Mehrheit beider Gruppen weiterhin friedlich miteinander lebt.

Islamische Gelehrte haben in Pakistan, aus der Tradition des anti-kolonialen Widerstandes heraus, auch politische Gruppen und Parteien gebildet, deren wichtigste sich in der MMA zusammengeschlossen haben. Von ihnen muss die *Jama`at-i Islami* besonders erwähnt werden, die als die modernste dieser Gruppen gilt und sich dezidiert politischen Zielen widmet. Sie war und ist zudem eng mit dem islamistischen Widerstand in Afghanistan und Kaschmir verbunden und fühlt sich den internationalen Brennpunkten des Islamismus wie Zentralasien oder Tschetschenien verpflichtet. Sie betrachtet den heutigen *Jihad* als legitimen Widerstand gegen „Vorherrschaftsansprüche“ des Westens.

Parallel dazu haben sich andere Bildungs- und Glaubensbewegungen etabliert, die ausschließlich friedliche Ziele religiöser Arbeit verfolgen. Dazu gehört die eher der Deobandi-Tradition folgende Missionsgesellschaft der *Tablighi Jama`at*, die sich der Stärkung einer religiösen Lebensweise unter den sunnitischen Muslimen verschrieben hat und über eine Massenanhängerschaft verfügt. Die Bildungsorganisation *Minhaj-ul-Quran* vertritt einen modernisierten Barelwi-Islam und bietet neben religiöser auch weltliche Bildung an.

Es lässt sich daher sagen, dass die übergroße Mehrheit der islamischen Institutionen, sowohl Organisationen als auch Schulen (Madrassas), keinen militanten Charakter hat, d.h. nicht auf Gewalt setzt, während die extremistischen und militanten Organisationen relativ genau zu bestimmen sind. Allerdings ist es auch so, dass sich die großen politischen islamischen Parteien bisher weigern, sich offiziell von einer Gewaltanwendung beim *Jihad* zu distanzieren bzw. militante Organisationen zu verurteilen oder auf Abstand zu ihnen zu gehen.

Unterhalb der politischen Ebene gibt es jedoch vor allem im Bereich religiöser Bildung eine sehr große Zahl von Institutionen, die eine Art islamischer Zivilgesellschaft konstituieren, d.h. eine sich selbst organisierende und verwaltende Struktur der islamischen Gemeinschaft, in ihrer ganzen Vielfalt und auch Zersplitterung. Diese unterliegt allerdings bestimmten ideologischen Beschränkungen, die sich aus dem Islamismus ergeben und die Rechte des Individuums, der Frau, aber auch der freien Meinungsäußerung im Sinne von Kritik am Islam betreffen. Doch andererseits schaffen die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der islamischen Institutionen eine Art islamischen Pluralismus, der auch individuelle und kritische Spielräume eröffnet. Einige der islamischen Institutionen tragen emanzipatorische Züge, da sie in der Gesellschaft unterprivilegierte Gruppen vertreten. Für manchen stellen die islamischen Schulen einen preiswerten Zugang zur Moderne, zum Job-Markt dar – wenn auch mit den bekannten Einschränkungen. Darüber hinaus knüpfen die islamischen Schulen immer mehr Verbindungen zur modernen Gesellschaft. Zum einen gehen Absolventen auch in nichtreligiöse Bereiche, nachdem sie dafür zusätzliche weltliche Qualifikationen oder Abschlüsse abgelegt haben. Zum anderen bieten viele Schulen in deutlich steigender, wenn auch noch insgesamt geringer Zahl, nach der Art von Privatschulen neben religiöser auch weltliche Bildung an, für die die Schüler die Prüfungen vor

den staatlichen Prüfungsausschüssen in den Provinzen ablegen. Immer mehr, vor allem der größeren Madrassas modernisieren sich über Computer und Internet, die die Transparenz der Angebote erhöhen.

2. Islamische Bewegungen als Arbeitsfeld für politische Stiftungen

Um die Rolle der islamischen Bewegungen für die politische Stiftungsarbeit richtig bestimmen zu können, ist es wichtig zu verstehen, dass diese Institutionen und Bewegungen ein immanenter Teil der Gesellschaft sind und keinen „äußeren“ Fremdkörper darstellen, den man isolieren kann oder muss, oder sogar beseitigen könnte oder wollte. Aus unterschiedlichen, teils religiösen, teils sozialen und teils politischen Gründen, organisiert sich ein Teil der Gesellschaft in islamischen Institutionen und Bewegungen. Sie verkörpern mit ihrer Vielfalt und Heterogenität gegenüber den säkularen und westlich tradierten Formen unterschiedliche, aber vergleichbare Zugänge zum Entwicklungs- und Demokratisierungsprozess. Wenn sich politische Stiftungen die Aufgabe stellen, in einem Land wie Pakistan Partizipation im weiteren Sinne und Entwicklung zu stabilisieren und zu fördern – nicht zuletzt auch aus dem wohlverstandenen Eigeninteresse der deutschen Politik heraus, dann können die islamischen Institutionen nicht ausgespart werden. Wichtige zivilgesellschaftliche Akteure der Gesellschaft versuchen, über islamische Institutionen auch emanzipatorische Anliegen zu verwirklichen, um ihre Entwicklungsmöglichkeiten, ihre Rechte, ihre sozialen und politischen Perspektiven durchzusetzen.

Zugleich wird damit einem internationalen Anliegen der westlichen Demokratien Rechnung getragen. Ein friedlicheres und von gleichen Chancen gekennzeichnetes Zusammenleben des Westens mit den Ländern Asiens und Afrikas, und besonders denen des Islams, ist nicht unter Bedingungen gegenseitiger Isolation und Verdächtigungen zu erreichen. Sicherheit im erweiterten Verständnis ist für den Westen nicht zu haben, ohne in diese Sicherheit auch die soziale, kulturelle und politische Dimension sowie die berechtigten Eigeninteressen dieser Länder einzubeziehen. Sicherheit im globalen Kontext ist unteilbar geworden.

Mit den problematischen Aspekten des Islamismus als Politik und Ideologie muss man dabei genauso umgehen, wie bei nicht-islamischen bzw. nicht-religiösen Akteuren. Dabei ist zu beachten, dass Islamismus, also das dezidierte und öffentliche Vertreten islamischer Grundsätze nicht als *per se* negativ angesehen wird. Dort wo man Intoleranz, Gewalt, Frauenfeindlichkeit oder Meinungsunterdrückung begegnet, wird man sich mit ihnen auseinandersetzen müssen, wie bei anderen Partnern und Betätigungsfeldern auch.

Wichtig wäre zu bedenken, dass die Zögerlichkeit oder Ängstlichkeit des Westens, sich mit islamischen Institutionen auseinander zu setzen, dazu führt, die vorhandenen kulturellen und politischen Barrieren weiter zu erhöhen und gegenseitige Ressentiments zu verstärken. Damit wird der Zunahme der negativen Momente Vorschub geleistet. Die gegenwärtig noch stark ausgeprägte Distanz islamischer Kräfte gegenüber westlichen Argumenten und Lebensweisen wird dadurch nicht durchbrochen sondern vergrößert.

Wichtige Anliegen politischer Stiftungsarbeit unter islamischen Kräften könnten dementsprechend sein,

- soziale und emanzipatorische Anliegen zu befördern,
- die Einbindung islamischer Kräfte und Institutionen in die Lösung örtlicher und nationaler Entwicklungs- und Demokratieprobleme zu fördern,
- eine ideologische Öffnung auf den Grundlagen von Menschlichkeit und Toleranz anzustreben,
- die Selbst-Isolation islamischer Institutionen, wo sie diese pflegen, durchbrechen zu helfen,
- durch nationalen und internationalen Austausch die Ächtung von Gewalt in politischen und religiösen Konflikten zu erreichen.

3. Potentielle Partner

Als Zielgruppen einer solchen Zusammenarbeit kämen vor allem die islamischen Geistlichen und Studenten sowie die religiösen Institutionen – Schulen und Vereine – in Betracht, die unterhalb der Ebene der großen islamischen Parteien agieren. Dabei erweist sich der örtliche Ansatz über Mittler als besonders sinnvoll, wie die Zusammenarbeit mit der Takhleeq Foundation in Karatschi zeigt. Gerade auf

örtlicher Ebene besteht Bereitschaft, sich angesichts drängender lokaler Probleme zu öffnen und mit anderen zusammenzuarbeiten, um nach Lösungen zu suchen. Wenn interessierte Aktivisten dann Anleitung und Orientierungen erhalten, lassen sich örtliche Energien sinnvoll kanalisieren. Der besondere Wert des Programms der Takhleeq Foundation besteht darin, örtlichen Kräften die Möglichkeit zur Selbstorganisation zu geben und damit zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft beizutragen.

Neben einem Projekt wie dem von der Takhleeq Foundation betriebenen „Social Harmony Program“ bietet sich als Betätigungsfeld vorrangig die Bildungsarbeit an. Dabei könnten Kontakte zu islamischen Schulen oder Vereinen hergestellt werden, die an einer solchen Zusammenarbeit interessiert sind. Das ist von Seiten der islamischen Schulen und Vereine nicht selbstverständlich. Zumeist hegen sie erhebliche Vorbehalte gegenüber westlichen Entwicklungshilfe-Institutionen, gegenüber NROs überhaupt. Es gibt bekannte Diskurse der islamischen Organisationen, die den westlichen NROs unterstellen, sie wollen den Islam bekämpfen, oder die Ausbreitung des Christentums fördern, oder auch zielgerichtet Unglauben und westliche säkulare Lebensweise verbreiten. Es ist auf jeden Fall nicht so, dass diese islamischen Institutionen auf uns warten oder uns mit Unterstützungsanliegen bestürmen. Wenn wir diese Zusammenarbeit wollen und für nützlich halten, dann müssten wir auch hier aktiv werden und auf die Partner zugehen.

Gegenstand solcher Programme könnten gemeinsame Veranstaltungen oder Seminare sein, die interessierte Themen der sozialen und politischen Bildungsarbeit, vor allem in Bezug auf die gesellschaftliche Realität in Pakistan behandeln.

Wichtig wäre es auch, örtliche Projekte anzuregen oder zu unterstützen, die sich der weiteren Qualifizierung von Absolventen islamischer Schulen verschreiben, sei es bei weltlicher Bildung, durch Unterricht in Englisch, die Vermittlung von Computerkenntnissen oder die Nutzung des Internets, aber auch durch Berufsausbildungsprogramme. Damit erhalten die jungen Absolventen islamischer Schulen die Möglichkeit, ihr Weltbild zu erweitern oder auch Berufe außerhalb der religiösen Sphäre zu ergreifen, da die Zahl der Absolventen den Bedarf religiöser Institutionen übersteigt und sie somit auch einen größeren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten könnten.

In Einzelfällen sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, mit größeren islamischen Schulen, wie z.B. der *Jamia Ashrafiya*³ in Lahore direkt zusammenzuarbeiten. Diese Schule hat auch Ableger in anderen Orten. Sie bietet zum Teil auch säkulare Bildung an. Ziel solcher Zusammenarbeit könnten gemeinsame Veranstaltungen, der Austausch von Literatur und der Austausch von Studenten sein. Eine relativ moderne Madrasa, die regulär Mittel- und Sekundarschulabschlüsse anbietet, ist die *Jamia Binoria* Karachi (<http://www.binoria.org>), die 1978 gegründet wurde und über 4000 Studenten hat.⁴ Partner könnten auch die Schulen der Barelwi-Organisation *Minhaj-ul-Quran*⁵ sein, die eine religiöse Ausrichtung mit säkularer Bildung verbindet. Ihr Führer, der Parlamentsabgeordnete, Taheer-ul-Qadri, steht auch einer relativ kleinen islamischen Partei vor, der *Pakistan Awami Tahrir* (PAT – Pakistanischen Volksbewegung).

Andere Institutionen wie das in Lahore ansässige *Al-Mawrid* Institute of Islamic Sciences (<http://www.al-mawrid.org>), das mit ihm verbundene Verlagshaus *Dar-ut-Tazkeer* (<http://dar-ut-tazkeer.com>) und das Internet-Portal *Understanding Islam* (<http://www.understanding-islam.org>) befassen sich mit religiöser Forschungs-, Verlags- und Bildungsarbeit in einem eher aufklärerischen Kontext.⁶ Sie argumentieren, dass beispielsweise Islam und Wissenschaft vereinbar sind, genauso wie religiöses und weltliches Wissen, dass der Koran hauptsächlich moralische und philosophische Fragen behandle, aber das Wissen zu anderen Fragen erst noch erworben werden müsse. Damit beziehen sie innerhalb islamischer Gelehrter eine gewisse Avantgarde-Position. Mit solchen reformerischen Instituten scheint eine Zusammenarbeit ebenfalls interessant.

Auch religiöse Forschungsinstitute oder Think-Tanks wie das Institute of Policy Studies (IPS), Islamabad, (<http://www.ips.org.pk>) oder die philanthropische, auch im Bildungsbereich aktive Hamdard-Stiftung,⁷ kämen für eine Zusammenarbeit in Betracht. Beide sind zwar politisch eher konservativ orientiert. Das IPS steht der *Jama`at-i Islami* nahe, die Hamdard-Stiftung eher der Muslim-Liga. Aber

³ Siehe ihre Website unter <http://www.al-islam.edu.pk/index.htm>.

⁴ Nicht zu verwechseln mit der *Jamia-tul-Ulum al-Islamiyya*, Allama Binoori Town Karachi, die sehr konservativ ist.

⁵ Vgl. die Webseite <http://www.minhaj.net>.

⁶ See, for instance, the web site *Understanding Islam* (<http://www.understanding-islam.org>), the Lahore-based publishing house *Dar-ut-Tazkeer* (<http://dar-ut-tazkeer.com>) and the *Al-Mawrid* Institute of Islamic Sciences (<http://www.al-mawrid.org>). See also Brig. (R) Nazir Ahmed: *Quranic and non-Quranic Islam*, Lahore: Vanguard 1997 (2nd rev. ed.).

⁷ <http://www.hamdard.com.pk:9090/hamdard.com.pk/foundation.jsp>

beide Einrichtungen wären beispielsweise relativ offen und bereit, andere Argumenten anzuhören und dem Dialog ein Forum zu bieten.

Im Einzelnen wäre auch zu überlegen, ob Veranstaltungen mit Abgeordneten der islamischen Parteien durchgeführt werden. Sie fällen oft wichtige Entscheidungen im Parlament zu internationalen Fragen, aber auch zur Demokratisierung und zum gesellschaftlichen Fortschritt. Man könnte ihnen dabei helfen, sachliche und realistische Informationen über den Westen, über unser Gesellschaftsbild und unsere Lebensweise zu erhalten.

Religiöse Zeitungen und Zeitschriften, die in Urdu publizieren, wären potentiell ebenfalls ein wichtiges Feld der Zusammenarbeit, das bisher allgemein unterschätzt wird. Um es nutzen zu können, wäre eine genauere Analyse notwendig. Generell befinden sich religiös orientierte Urdu-Journalisten an der Schnittstelle zwischen Religion, Medien und Masseneinfluss. Sie können damit zur Vermittlung zwischen Orthodoxie und Moderne beitragen. Tageszeitungen wie *Nawa-e-waqt* (<http://www.nawaiwaqt.com.pk>) oder *Ausaf* (<http://www.dailyausaf.com>) sind einflussreiche Massenblätter konservativen Zuschnitts. Größere Madrasas veröffentlichen regelmäßig Monatsschriften religiös-theoretischen Inhalts, in denen wichtige Debatten zur Ausrichtung der Madrassa-Ausbildung und über Positionen islamischer Kräfte stattfinden und dokumentiert werden.⁸ Insgesamt hat der Urdu-Journalismus in Pakistan, sowohl der weltliche als auch der religiöse, einen gewaltigen Einfluss auf die öffentliche Meinung, der von westlichen Beobachtern und Entwicklungsorganisationen meistens unterschätzt wird. Etliche sozial und entwicklungspolitisch engagierte Intellektuelle, die meist aus einem säkularen, eher links-liberal orientierten Kontext kommen, schreiben regelmäßig Kolumnen für diese Blätter, die sich ihrerseits wiederum trotz einer Bevorzugung religiöser Themen offen halten für alternative Standpunkte.

4. Ziele einer möglichen Zusammenarbeit

Langfristig sollte es ein wichtiges Ziel westlicher Entwicklungs- und Stiftungspolitik sein, sich mit islamischen Akteuren und Institutionen über den Themenkreis der Religion hinaus zu verständigen, sie als integralen Teil der Gesellschaft zu betrachten, und dadurch Pluralität, Toleranz und Integration zu fördern.

Die Zusammenarbeit könnte sich auf die bereits erwähnten Felder in zwei Hauptrichtungen konzentrieren:

- Unterstützung emanzipatorischer Anliegen von islamischen Institutionen und Aktivisten, die die Lebensbedingungen und Bildungsvoraussetzungen ihrer Mitglieder und Anhänger verbessern wollen, die auf die Durchsetzung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Rechte zielen, sowie zur Entschärfung von Spannungen, zur Lösung von Problemen auf vorrangig lokaler, aber auch nationaler Ebene beitragen möchten.
- Förderung der Einbindung islamischer Schulen und ihrer Absolventen in die moderne Gesellschaft durch die Unterstützung von Qualifikations- und Bildungsmöglichkeiten, sowie durch die Verbesserung von Kommunikation und Austausch mit Partnern in Pakistan und in Deutschland.

Dabei sollte jedoch nicht zugelassen werden, dass eine solche Zusammenarbeit von einzelnen extremistischen oder anti-demokratischen Kräften missbraucht wird. Zu diesem Zweck ist es wichtig, die Partner und Projekte sorgfältig auszuwählen sowie den Inhalt und die Richtung der Projekte laufend zu prüfen.

Solche Einwände und Vorbehalte dürften jedoch nicht dazu führen, dass diese Zusammenarbeit nicht in Angriff genommen wird, da die negativen Folgen eines Mangels an Kooperation für eine positive gesellschaftliche Entwicklung wahrscheinlich deutlich größer sein werden, als die Abwägung und Neutralisierung der Risiken einer solchen Zusammenarbeit.

⁸ Vgl. das Magazin der erwähnten *Jamia Binoria* Karachi, *Al-Binoria*, das neben Urdu auch in Englisch erscheint und auch auf der Webseite der islamischen Schule dokumentiert wird (<http://www.binoria.org/magazines.asp>).

5. Geeignete Arbeitsmethoden

In der Regel wäre die Kooperation mit islamischen Kräften über einheimische Partner vorzuziehen, da sie die lokalen Bedingungen genauestens kennen und evtl. Probleme besser einschätzen können. Hier hat sich ausgehend von der Erfahrung mit der Takhleeq Foundation die Durchführung von Workshops und Trainingsveranstaltungen bestens bewährt.

In einzelnen Fällen kann es wünschenswert sein, direkt mit islamischen Institutionen zu kooperieren. So wäre die Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren mit größeren islamischen Schulen und Organisationen durchaus im Rahmen einer Direktkooperation vorstellbar, wie bei der relativ modern ausgerichteten Schule *Jamia Binoria* in Karachi.

Austausch- und Dialogveranstaltungen erscheinen mit islamischen Parlamentariern und den erwähnten Think-Tanks bzw. akademisch orientierten Instituten sinnvoll. Auch einzelne Seminare oder gemeinsame Konferenzen sollten hier möglich sein.

Im Rahmen einer Direktkooperation könnte m. E. ein Austausch- oder Reiseprogramm für junge Madrassa-Lehrer, –Absolventen oder –Studenten erfolgversprechend sein. Dabei könnten, auch in Zusammenarbeit mit religiösen Jugendorganisationen, darunter auch islamischen, in Deutschland Sommercamps veranstaltet werden, die Diskussionsforen zu religiösen, sozialen und politischen Themen bieten. Die Teilnahme islamischer Vertreter an solchen Maßnahmen könnte durchaus auf Hindernisse in den eigenen Reihen stoßen, da viele islamische Organisationen jegliche Kooperation mit dem Westen ablehnen.

6. Auswahl von Kooperationspartnern

Die Auswahl richtet sich nach der Art der Zusammenarbeit. Für eine längerfristige Entwicklungszusammenarbeit vor Ort wären Partner unterhalb der Ebene der großen nationalen Institutionen vorzuziehen, da sie politisch weniger festgelegt sind.

Sollte man sich entscheiden, mit Think-Tanks oder Parlamentariern zusammen zu arbeiten, wäre wichtig, wie weit sie sich zu demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien einer Zivilgesellschaft bekennen sowie von Gewaltanwendung und Extremismus distanzieren.

Ein wichtiges Kriterium der Zusammenarbeit könnte darin bestehen, ob die Partner sich zum Dialog bekennen und bereit wären, offene Meinungsäußerungen zuzulassen ohne Einschränkungen vorzugeben.

Partner könnten auch nach den erwähnten Zielen der Zusammenarbeit ausgewählt werden, also inwieweit sie bestimmte emanzipatorische Anliegen vertreten und zur Öffnung islamischer Institutionen und Akteure gegenüber der modernen Gesellschaft beitragen.

Arbeitet man indirekt mit Mittlern vor Ort zusammen, so wäre zu prüfen, ob diese ausreichend Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit islamischen Kräften und Institutionen haben, oder sich diese von Experten beschaffen können. Auch in Pakistan verfügen bei weitem nicht alle im NRO-Bereich tätigen Institutionen über detaillierte Kenntnisse des islamischen Spektrums.

7. Besonderheiten und Risiken

Die Arbeit mit islamischen Institutionen verlangt langfristige Entscheidungen, um sich darauf einzustellen. Mittelfristig könnten z.B. Informationsmaterialien erarbeitet werden, die Entscheidungshilfen an die Hand geben.

Die Institutionen könnten nach den Anliegen der Zusammenarbeit geordnet werden. Ausgehend von der teilweise noch angespannten Lage in Pakistan wäre von der Zusammenarbeit mit folgenden Institutionen abzuraten:

- Radikale Organisationen, die – auch wenn nicht immer auf Gewalt orientiert – extreme Positionen vertreten, die andere Bekenntnisse oder Meinungen ausschließen.
- Vertreter von den islamischen Schulen, die als sogenannte Hardliner gelten und enge Verbindungen zu militanten Gruppen haben.
- Jene islamischen politischen Parteien, die in ihrer Doktrin festgelegt sind und die ihren politisch-ideologischen Anspruch mit großer Absolutheit vertreten.
- Gruppen oder Personen, die sich gegen Minderheiten im Islam, wie die Ahmadiyya, die Schiiten, oder gegen Nicht-Muslime, wie Hindus, Christen oder säkulare Vertreter wenden.
- Gruppen, die soziale Segregation fordern oder aufrechterhalten wollen und sich explizit gegen Frauenrechte wenden, die die Diskriminierung sozial niedrig stehender Gruppen bzw. Kasten verteidigen, die archaische soziale Traditionen akzeptieren oder verteidigen, wie die „Ehrenmorde“ (honour killings – *Karobarī*), Vergehen gegen Schwiegertöchter, oder an Kindern.

Institutionen, mit denen eine Kooperation unter Einschränkungen möglich wäre:

- Parlamentarische Gruppen der islamischen Parteien.
- Islamische Politiker aus der zweiten und dritten Reihe, vor allem jüngere, sowie aus Think-Tanks bzw. Forschungsinstituten.

Soweit sich Vertreter dieser Gruppen offen für Gespräche zeigen, wäre es wünschenswert, sie in Dialog und Austauschveranstaltungen einzubeziehen, da die Erfahrung zeigt, dass es oft die Unkenntnis über den Westen und die Lebensverhältnisse dort ist, die zu einer eingeeengten und radikal-antiwestlichen Perspektive führt.

8. Zusammenfassung

Die Einbeziehung von islamischen Institutionen in die politische Entwicklungsarbeit als Zielgruppen oder Partner erscheint als dringende und bisher weitgehend unterschätzte Aufgabe. Eine realistische Analyse muss ergeben, dass sie immanenter Bestandteil der Gesellschaft sind. Ihre zunehmende Differenzierung und Pluralität in Pakistan trägt zur Herausbildung von Anfängen einer islamisch geprägten Zivilgesellschaft bei. Verschiedene unterprivilegierte Gruppen und Schichten versuchen, über islamische Institutionen ihre Stellung aufzuwerten, ihre sozialen, politischen und kulturellen Rechte einzufordern. Damit vertreten sie teilweise emanzipatorische Anliegen. Das trifft auch auf ihr Bedürfnis zu, Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen, bei denen der Staat bisher versagt, wie Bildung, soziale Sicherheit, Nachbarschaftshilfe.

Gleichzeitig scheint die bisherige weitgehende Isolation zwischen islamischen Institutionen und westlichen Einrichtungen bzw. Stiftungen nicht geeignet, zum gegenseitigen Verständnis und Dialog beizutragen. Auch zum Zwecke der Konfliktbewältigung und Gefahrenabwehr scheint es mittelfristig unerlässlich, diesen Dialog auszubauen, da gegenseitige Unkenntnis Fehlschlüsse und falsche Entscheidungen befördert.

Zwar mag es mitunter kompliziert erscheinen, die richtigen Partner auszuwählen und Risiken zu vermeiden. Aber es sollte möglich sein, Bereiche und Institutionen zu identifizieren, mit denen eine Zusammenarbeit begonnen werden kann, um Erfahrungen zu sammeln und in dieser Richtung weiterzugehen. Das von der Takhleeq Foundation durchgeführte Projekt „Social Harmony Program“ ist ein Beispiel, wie diese Kooperation praktische Ergebnisse zeitigen kann. Dort werden islamische Gelehrte und Würdenträger zusammen mit sozialen Aktivisten in örtliche Netzwerke eingebunden. Politische und soziale Bildungsveranstaltungen tragen dazu bei, die religiösen und sozialen Gegensätze zwischen den Beteiligten und im Umfeld abzubauen und die Beteiligten zur Lösung ihrer Probleme vor Ort zu aktivieren.

Diese Zusammenarbeit könnte auch auf andere Partner übertragen werden, die sich unterhalb der etablierten islamistischen Kräfte örtlich engagieren. Das können Bildungsvereine, Schulen, Forschungsinstitute, Verlage, Medien, vor allem in der Landessprachen Urdu und den Provinzsprachen Sindhi, Pashto, Baluchi und Punjabi, sein. Ausgewählte Vertreter der islamischen politischen Elite sollten in gezielte Dialog- und Austauschvorhaben einbezogen werden, um die Unkenntnis und falsche Vorstellungen über den Westen und das Leben dort abzubauen. Dazu könnte auch ein Austauschprogramm für Lehrer, Absolventen und Studenten islamischer Schulen (Madrassas) gehören, die in Sommercamps in Deutschland betreut würden. Möglichkeiten, einzelne islamische Schulen direkt bei der Reform ihres Bildungsangebotes zu unterstützen, sollten ebenfalls geprüft werden.

Anlage – Structure of Islamic Sector in Pakistan

Bourgeois Muslim Parties:

Pakistan Muslim League (PML) – Factions of Nawaz Sharif (N) and Chaudhry Shujaat Husain (QA, after Qā'id-e 'Azam Muhammad 'Alī Jinnāh), also called the “like-minded” or the “King’s Party” as it favours cooperation with the military government of Musharraf. Further factions under Ejāz al-Haqq (ZH, after Zīa-ul-Haqq, his father; 08-02); under Pīr Pagāro (in Sindh), now formally united.

Religious Islamic Parties:

(With the exception of *PAT*, all members of United Action Front → *MMA*)

Jamā'at-i Islāmī (JI) – Islamic Party (1941; Amīr: Qāzī Husain), represents the teachings of Maulānā Maudūdī → *Islāmī Jam'iyat-e Talbā (IJT)* – Islamic Students Union

Jam'iyat-e-'Ulamā'-e-Islām (JUI) – Organisation of Islamic Scholars (1945) – factions of Fazl-ur-Rahmān (F) and Samī' al-Haqq (S), represent the Deoband tradition

Jam'iyat-e-'Ulamā'-e-Pakistān (JUP) – Organisation of Islamic Scholars of Pakistan (1948; Maulānā Shāh Ahmad Nūrānī 1926-2003) → *Jam'iyat-e-Ahl-e-Sunnat*, represents the organised sector of the mystical Sufi-based popular Islam of the Barelwī tradition; → *Sawād-e-Azam Ahl-e-Sunnat Pakistan* (Mufti Usman Yar Khan)

Tahrīk-e-Ja'fariya-e-Pakistān (TJP) – Pakistan Movement of the followers of Imām Ja'far (1979; 'Allāma Sājid 'Alī Naqwī) – Shiite party, founded as *Tahrīk-e Nifāz-e Fiqh-e Ja'fariya* (TNFJ) – Movement for the establishment of Islamic law in the tradition of Imām Ja'far → *Islāmī Tahrīk Pakistān*

Ahl-i Hadīth (AH) – People of the Prophetic tradition (Maulānā Sājid Mīr), reject all law schools, politically close to Saudi Wahhabis; various factions

Pakistan 'Awāmī Tahrīk (PAT) – Pakistan People's Movement, political wing of the religious educational movement *Minhāju'l-Qur'ān (MQ)* – Tahīru'l-Qādrī

Extremist Sectarian Organizations of Sunnites and Shiites:

Sipāh-e-Sahāba-e-Pakistān (SSP) – Pakistan's Army of the Companions of the Prophet; for the Sunnites (1985, Maulānā A'zam Tāriq, d. 2003) → *Millat-e Islāmīya-e Pakistan*

Lashkar-i Jhangwī (LJ) – Jhangwī's Army, in honour of one of their “martyred” SSP founder leaders, Maulānā Haqq Nawāz Jhangwī; split off from SSP in 1994, later aligned with the al-Qaida network

Akram Lahōrī Group (ALG) – split off from LJ under Akram Lahori, held responsible for the abduction and murder of US journalist Daniel Pearl in January 2002. (Dawn 05.08.02)

Lashkar-i 'Omar (LO) – split off from LJ, in honour of Shaykh Omar, on death row in Pakistan after standing trial for the murder of Daniel Pearl (Jan. 02)

Tanzīm-i Da'wat (TD) – split off from SSP

Sunnī Tahrīk (ST) – Sunnite movement, Barelwī group, emerged from the *madrassa* movement *Zīa-ul-Qur'ān*

Sipāh-i-Mohammadī (SM) – Army of the Prophet; for the Shiites → *Pasbān-e Islām* (2002, 'Alī Nāsir Suhail)⁹

Militant (Jihādī) Groups:

Openly advocate use of violence; also include Wahhābī groups in which also Arab and other non-Pakistani fighters participate:

Hizbu'l-Mujāhidīn (HM) – Party of Holy Warriors; belongs to *Ji* (1989, Syed Salahuddin), mainly operates in Indian Kashmir; is said to keep contacts with the Afghan radical Islamic party *Hizb-e Islāmī* led by Gulbadin Hekmatyar; → *Jam'iyatu'l- Mujāhidīn (JUM)* – Party of Holy Warriors, split off in 1990 because of leadership differences (Shaykh 'Abdul Basit);

Jam'iyatu'l- Ansār (JUA) – Party of Friends [of the Prophet]; founded as *Harkatu'l-Ansār (HUA)*, originally split off from SSP; renamed as → *Harkatu'l-Mujāhidīn (HUM)* – Group of Holy Warriors (Chairman: Farūq Kashmīrī, secretary-general: Fazlur Rehman Khalīl, connected with *JUI*, signed the 1998 Bin Laden call by *al-Qā'ida* to fight America and Jews), active in Kashmir and Afghanistan; → *Harkat al-Jihād al-Islāmī (HJI)* – Group of Holy Warriors of Islam (Qārī Saīfu'llāh Akhtar, Chief Commander: Amīn Rabbānī), active in Pakistan und Kashmir, was said to have contact with → *Al-Farān (AF)* – split-off held responsible for abduction of six western tourists from trekking route in Kashmir in 1995 and killing of one of them;

⁹ News, 22 Oct 04.

→ *Harkatu'l-Mujāhidīn al-`Ālamī (HMA)* – International Group of Holy Warriors (*Amīr*: Mohammed Hanif)¹⁰, held responsible for 2002 bombing of US consulate in Karachi, for 25-09-02 attack at Christian charity in Karachi¹¹;

Jaish-e-Muhammadī (JM) – Muhammad's Army (2000, Maulānā Masūd Azhar, freed from Indian prison in 1999 through hijacking of Indian Plan to Afghanistan, formerly *HUM*, connected with Mufti Nizamuddin Shamza'i, Binūrī Town Mosque Karachi) → *Khuddām al-Islām* (2003, Maulānā Azhar), → split-off *Jamā`at al-Furqān* (2003, Maulānā `Abdul Jabbar)

Lashkar-e-Taiba (LT) – Pious Army (1990, Amīr: Hāfiz Muhammad Sa`yīd, Muridke), evolved as main force in Indian-controlled Kashmir since 1997, was also active in Afghanistan civil war on the side of the *Ṭalibān*; regrouped 2002 under its parent body → *Jamā`at-ud-Da`wa (JD)*;

Tahrīk-e Nifāz-e Sharī`at Muhammadī (TNSM) – Movement for the Introduction of Islamic Law (Maulānā Sūfi Muhammad) – mainly from Malakand Agency, 'dedicated to turn Pakistan into a Taliban style state' (News 5.10.01), enlisted 5,000 TNSM followers who went to defend Afghanistan against infidels¹²

Harkat al-Jihād al-Islāmī (HJI) – (Qārī Sai`fu`llāh Akhtar), Pak-Afghan Deobandi militia created in 1979/80 by Maulānā Irshād Ahmad and Afghan Maulwī Nabbī Muhammadī Qur`ān who died in exile in Islamabad

Al-Badr Mujāhidīn (ABM) – (Amīr: Bakht Zamīn, 1998 after splitting off from HM) – Mainly operate in Kashmir (News 17.07.01, accounts in Pakistan frozen, Dawn 05.08.02)

Saif-u'l-Mujāhidīn (SUM) – The Sword of the Holy Warriors (Dawn 05.08.02)

Jalālī Force (JF) – One of several local religious militias of the Barelwīs, operate mainly in the Punjab, close to the *Madrasa Jāmi`a Nūrīya Muhammadīya Rizwīya Jalālīya, Bhikhī Sharīf* (Sayyid Qārī Irfān Shāh Mashādī)

Educational, Missionary, Cultural, Faith and Revival Movements:

Umbrella organisations of *madāris* split between different sectarian denominations and traditions (*maslak*):

Wafā-u'l-Madāris al-Arabīya (Deobandi)
Wafā-u'l-Madāris al-Salafīya (Ahl-i Hadīth)
Tanzīm-u'l-Madāris Pakistān (Barelwi)
Wafā Shī`a Madāris (Fiqh Ja`frīya)
Rabīta-tu'l-Madāris (Jamā`at-i Islāmī)

Ahl-i Hadīth (AH) – People of the Prophetic Tradition, see above under parties.

Da`wat al-Irshād (DI) – Propagation of [Quranic] Commandments, founded 1987, close to *AH*; regrouped 2002 as *Jamā`at al-Da`wat (JD)* under Hāfiz Muhammad Sa`yīd, 1997: 30 schools with 5000 students, → *`Ālamī Majlis-i Tahaffuz-i Khatm-i Nabuwwat (AMTKN – Maulana Nazīr Ahmad Tawanasāwī)* – World Council for the Defence of the Finality of Prophethood of Muhammad – „Seal of the Prophets“ – *Tanzīm al-`Ulamā`* (chairman – Maulana Muhammad Faiz Albārī), *Khatm-i Nabuwwat Academy* (Amīr: Maulana Sohail Bāwā),¹³ see also *LT*

Dār al-Iftā` wa'l Irshād – Organisation for religious decrees and commandments in Karachi, Nazimabad (Mufti Rashīd Ahmad Lūdhīyānwī, d. 2002); → *Al-Rashīd Trust* – foundation 1996 in cooperation with the former Taliban, its e-zine *Dharb-i Mumin* (The [emphatic] Word of a Believer) spread pro-Taliban information

Tablighī Jamā`at – Lay missionary movement in the Deobandi tradition; Amīr – Hajjī `Abdul Wahhāb

Khuddāmu'l-Qur`ān (KQ) – Servants of the Quran; Dr. Isrār Ahmad (*Tanzīm-i Islāmī-i Pakistān*), Deobandī

Jamā`at-i Ahl-i Sunnat Pakistan – Party of the people following the (life and habits of the) Prophet; Barelwī religious organisation, separate from *JUP*, but linked to it

Da`wat-i Islāmī (DI) – Islamic Mission, Barelwī missionary movement, centred in Multan; Maulānā Muhammad Ilyās Attar Qādrī (<http://www.dawateislami.net>)

Minhāju'l-Qur`ān (MQ) – Path of the Quran; Tahīru'l-Qādrī (see also party *PAT*), largest modernist Barelwī movement, close to the Naqshbandīya

¹⁰ Karachi: SHC admits Harkat leader's appeal. In: *Dawn*, 18 January 2003, at <http://www.dawn.com/2003/01/18/local34.htm>; News names Muhammad Imran Siddiqui and Muhammad Hanif to be the Amīr and the Naib Amīr respectively. Four convicted in US consulate bombing case. News. 15 April 2003, at <http://www.jang.com.pk/thenews/apr2003-daily/15-04-2003/main/main6.htm>. Both were sentenced to death. Some of the accused also have to stand trial under anti-terrorism law for "hatching a criminal conspiracy to commit a murderous attack on General Pervez Musharraf." *Ibid*.

¹¹ *Tribune*, Chandigarh, 26 September 2002, at <http://www.tribuneindia.com/2002/20020927/world.htm#4>.

¹² Registered 40,000 volunteers for Afghanistan, according to *shūrā* at Amandara, Bathkela. (News, 15.10.01)

¹³ *Dharb-i Mumin* 16.09.01

Zīa-ul-Qur'ān (ZQ) – Madrasa movement in the Barelwī tradition; Shaykh Muhammad Karam Shāh al-Azharī

Ahmadiya – [Reformist sect of the] Ahmadis; regarded 'outside Islam' by Pakistan's constitution after being amended accordingly by Z.A. Bhutto, public acts of worship are punishable under criminal law

Umma T' amīr-i Nao (UTN) – Reconstruction of the Umma; Pakistani NGO for Afghanistan, (Sultān Bashīr'u-d-Din Mahmūd – founder, nuclear expert `Abdu'l-Majīd, entrepreneur S. M. Tufail)

Hizb-ut-Tahrīr – founded 1953, pursues worldwide resurrection of Caliphate, pan-Islamic state, also in Central Asia and Middle East, rejects armed struggle (Naveed But, country spokesman)¹⁴

Coordinating Bodies:

Muttahida Majlis-e-`Amal

United Action Front. 2001; Founding Chairman was Maulānā Shāh Ahmad Nūrānī (JUP). Election alliance of 6 Islamic parties. 'Aimed at checking 'the rulers' inclination towards promotion of secular elements in the society and to halt their intentions to amend the constitution by changing its nature from parliamentary to presidential.' (News 07-07-2001) Includes JI, JUI (F), JUI (S), JUP, TJP, AH. Successful at national and provincial elections in Oct. 2002 in winning majority of seats in NWFP, sizable number in Baluchistan, about one fourth in National Assembly.

Afghan Jihād Council (News 21-09-01)

Jamā`at-i Islāmī (Maulana Abdul Waheed Qureshi, Hakim Mazharuddin Baqai and Mushtaq Ahmed Khan)

JUP (Sahibzada Abu'l Khair Mohammad Zubair, Mohammad Hussain Naqshbandi)

SSP (Maulana Saeed Jadoon, Muhammad Farooq Azad)

JUI (S) (Maulana Bashir Ahmed, Maulana Saif-ur-Rehman)

JUI (F) Maulana Muhammad Tahir

Ahl-i Hadīth (Maulānā Mohammad Azam Jahangiri and Amir Abdullah Farooqi – Hyderabad)

(Founded in Nov. 1990 according to www.satp.org, 13 member organisations, 2 observers; since January 2002, military intelligence ISI allegedly no longer sends its representatives to its meetings)

*Brigade 313*¹⁵

Formed in 2001 after Nine-eleven by 5 Pakistani *mujāhidīn* groups (Rana 2004: 18):

Jaish-e Mohammad

Harkat al-Jihād al-Islāmī

Lashkar-e Taiba

Lashkar-e Jhangwī

Harkat al-Mujāhidīn al-`Ālamī

Pakistan-Afghanistan Defence Council (Nation 18-09-01)

Chairman: Samī` al-Haqq - JUI (S), 35 religious and *jihādī* organisations including the *JUI*, Jam`iyat Ahl-e Sunnat, Sipah-e-Sahāba, Harkatu'l-Jihād, Harkatu'l-Mujāhidīn, Jam`iyat Mujāhidīn, Jaish-i-Muhammadī and Sunnī Mujāhidīn Force.

Millī Yakjehtī Council (National Reconciliation Council)

Founding Chairman: Maulānā Shāh Ahmad Nūrānī (JUP); founded March 1995 to mediate between radical Sunnite and Shiite movements. Members: all big religious parties, some radical sectarian organizations and militant groups.

International Islamic Organisations located in Pakistan:

Rabīta al-`Ālam al-Islāmī – Muslim World Congress – Mecca/Karachi; → *Rabīta Trust* – joint foundation of Pakistan Government and World Congress for Repatriation of Bengali migrants ("Biharis"), founded 1988 under Zia-ul-Haq

International Islamic University – Islamabad, financed by Pakistan Government and some private money (charities) from Saudi-Arabia and the Gulf states

References:

Newspapers: *Dawn*; *Dharb-i Mumin*; *Nation*; *News*

Rana, Muhammad Amir, 2004: *A to Z of Jehadi Organizations in Pakistan*, Lahore: Mashal Books.

¹⁴ *News*, 3.12.2002: At a seminar in Peshawar on "Dictatorship, Democracy and Masses' problems" Naveed But "termed the western type of democracy a main hurdle in the way of implementation of Islamic Shariah and stressed on Muslims to work for the establishment of Khilāfat, as it can bring the real Islamic state for them to solve their problems."

¹⁵ Number of companions of the Prophet during battle of Badr.